

Politik für alle – sicher,  
gerecht und selbstbestimmt



# **POLITIK FÜR ALLE** **SICHER, GERECHT UND** **SELBSTBESTIMMT**

Betrieb Mercedes-Benz Werk UT



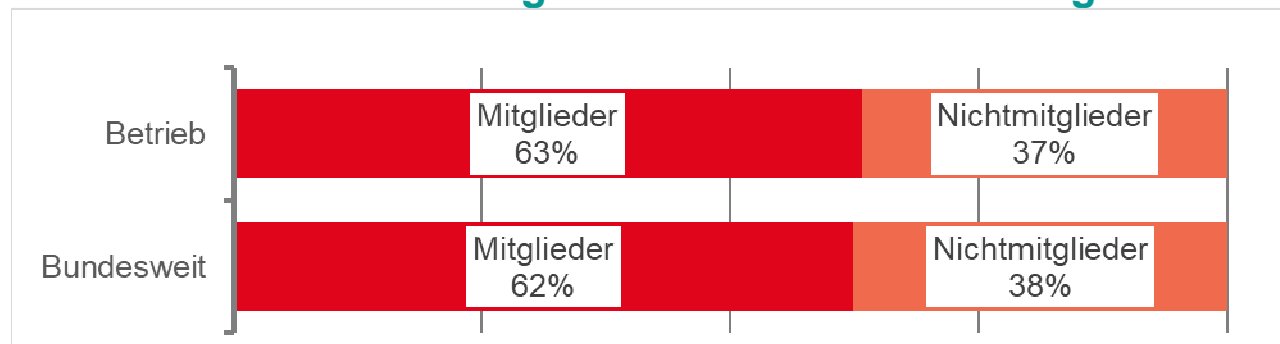
# BEFRAGUNG 2017

## DIE BETEILIGUNG

### Hohe Beteiligung

- Mehr als 680.000 Beschäftigte in rund 7000 Betrieben haben mitgemacht
- 166.000 Beschäftigte mehr als 2013
- Betrieb Mercedes-Benz Werk UT 6.552 Beschäftigte

### Großes Interesse bei Mitgliedern und auch Nichtmitgliedern



# **BEFRAGUNG 2017**

## **DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE**

**Hohe Zustimmung für die Topthemen der IG Metall**

- **Perspektiven für alle in der Arbeit von morgen**
- **Arbeitszeiten, die zum Leben passen**
- **Mehr Gerechtigkeit durch mehr Tarifverträge**
- **Soziale Sicherheit fair finanziert**

**Der Solidaritätsgedanke lebt!**



# ERGEBNISSE THEMENFELD ZUKUNFT DER ARBEIT

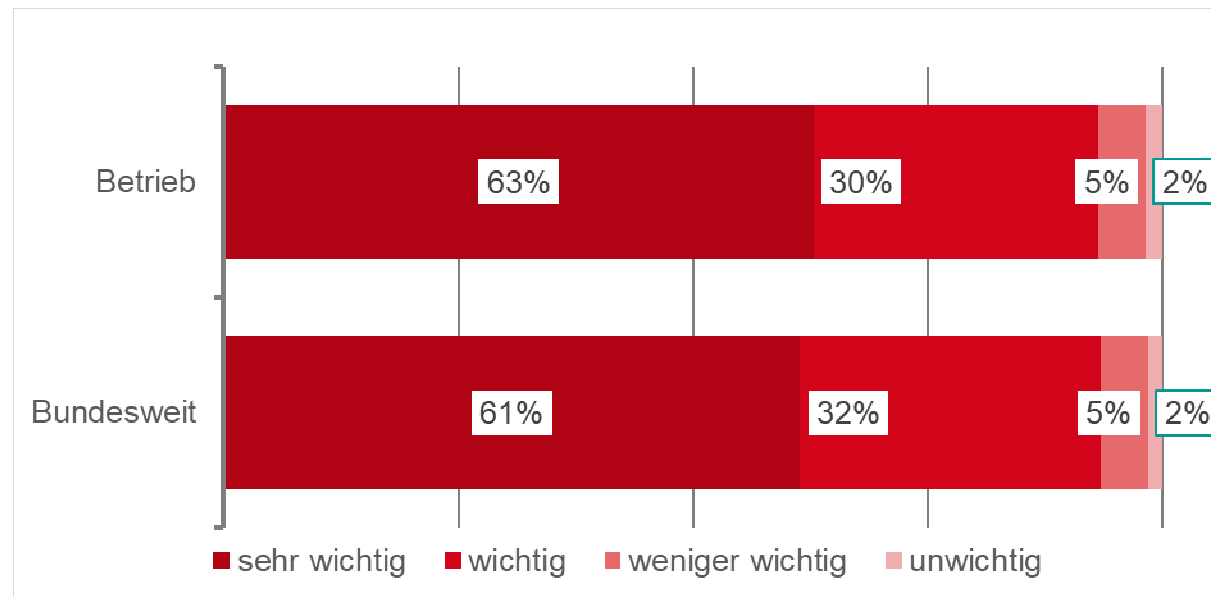
## Bundesweite Ergebnisse:

- 93 Prozent fordern gute Perspektiven in der Industrie 4.0.
- 93 Prozent sind für Bildungspolitik, in der soziale Herkunft keine Rolle mehr spielt.
- 90 Prozent sind für Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, von Minijobs und prekärer Soloselbständigkeit.
- 83 Prozent verlangen eine neue Arbeitsmarktpolitik.
- Für zwei Drittel ist faire Integration von Geflüchteten in Arbeitsmarkt wichtig.



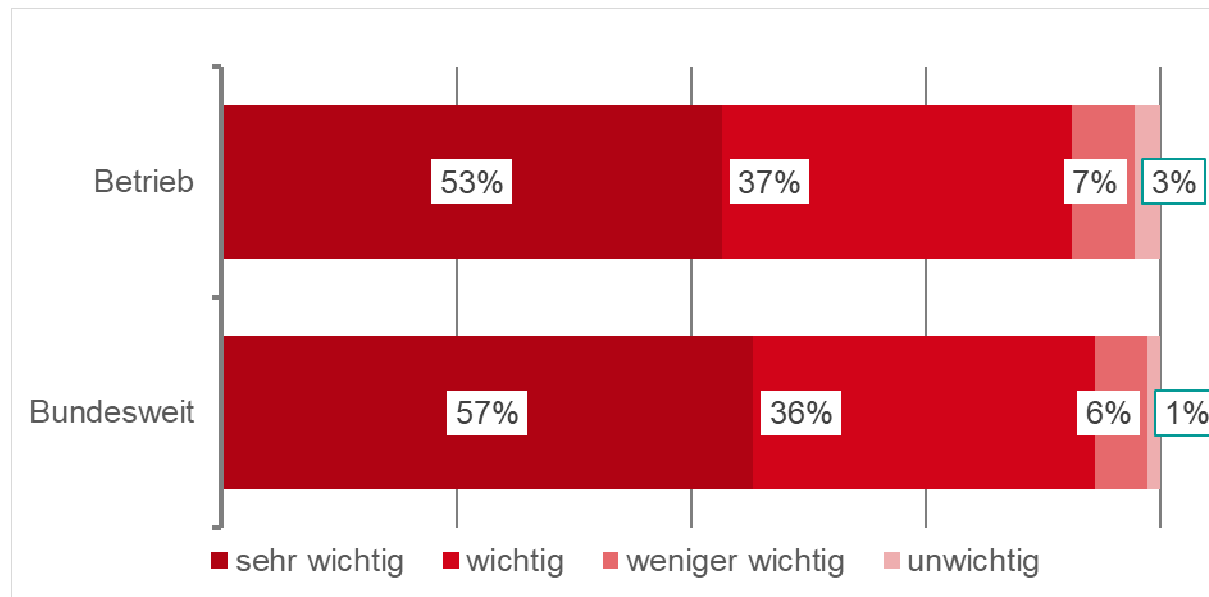
## PERSPEKTIVE FÜR ALLE IN DER INDUSTRIE 4.0

Wie wichtig sind für Sie Sicherheit und berufliche Perspektive in der Industrie 4.0 für alle?



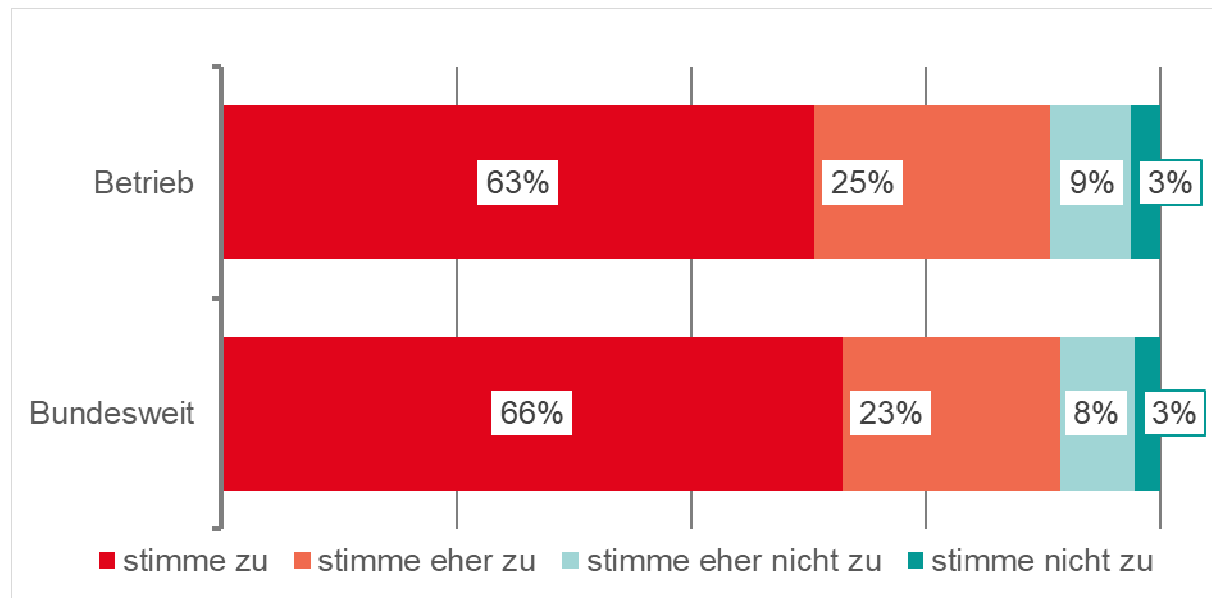
## GLEICHE BILDUNGSCHANCEN SIND ENTSCHEIDEND

Wie wichtig ist für Sie eine Bildungspolitik, die Bildungserfolge unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht und das Recht auf berufliche Fortbildung durchsetzt?



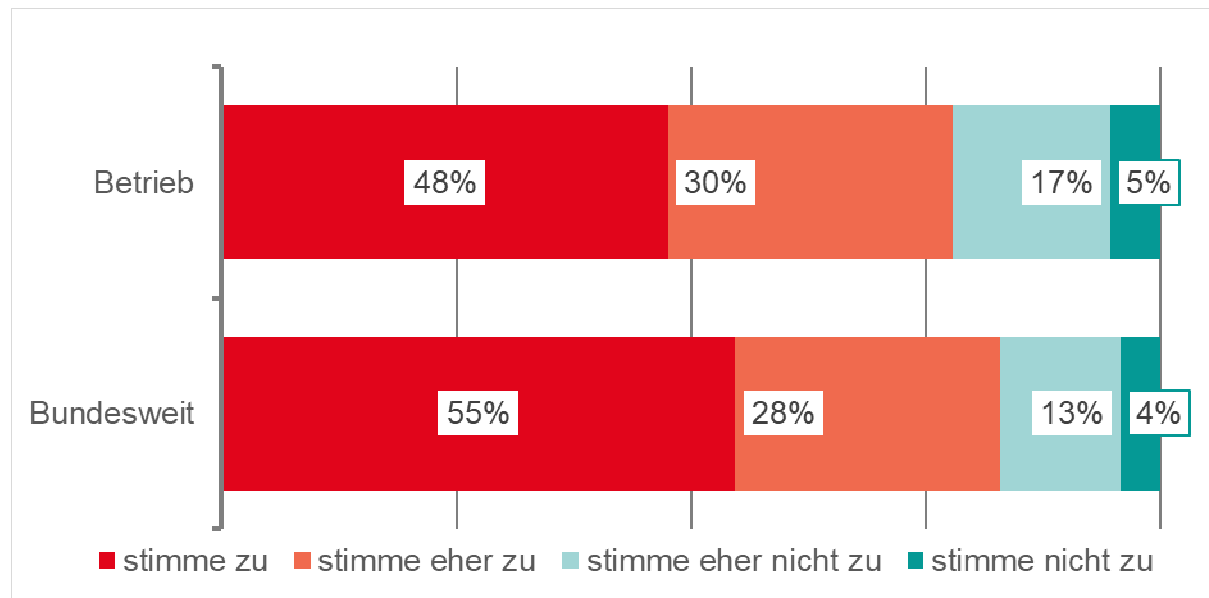
# BESCHÄFTIGUNG MUSS DAUERHAFT EXISTENZ SICHERN

Sachgrundlose Befristung, Minijobs und prekäre Beschäftigung müssen abgeschafft werden.



## WIR BRAUCHEN EINE NEUE ARBEITSMARKTPOLITIK

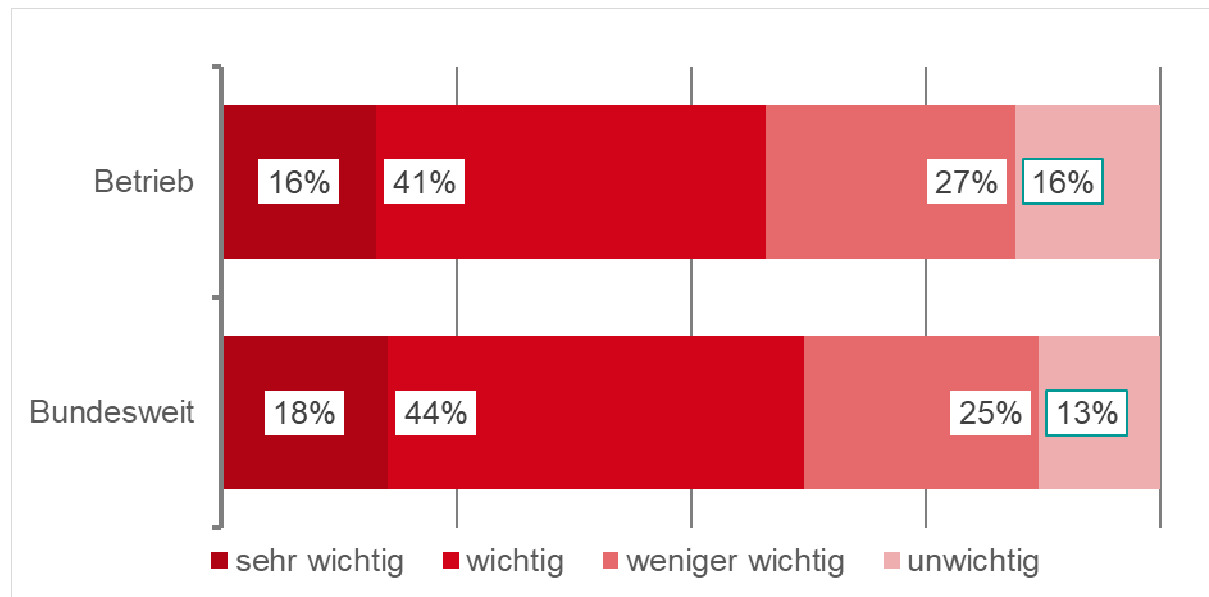
Arbeitslosigkeit darf nicht zu sozialem Abstieg führen. Der Erhalt der Qualifikation ist wichtiger als schnelle Vermittlung. Daher muss die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert werden.





# WIR BRAUCHEN EINE FAIRE INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

Wie wichtig ist für Sie die faire Integration von Geflüchteten in den  
Arbeitsmarkt?



# **ENTSCIEDEN DAFÜR: PERSPEKTIVEN FÜR ALLE IN DER ARBEIT VON MORGEN!**

**Jetzt muss die Politik handeln:**

- **Für den Erhalt von Qualifikation statt schnelle Vermittlung in den nächstbesten Job!**
- **Für ein Verbot von befristeten Verträgen ohne Sachgrund!**
- **Für ein Recht auf betriebliche Fortbildung!**
- **Für Mitbestimmung der Betriebsräte bei Weiterbildung!**



# ERGEBNISSE THEMENFELD ARBEITSZEIT

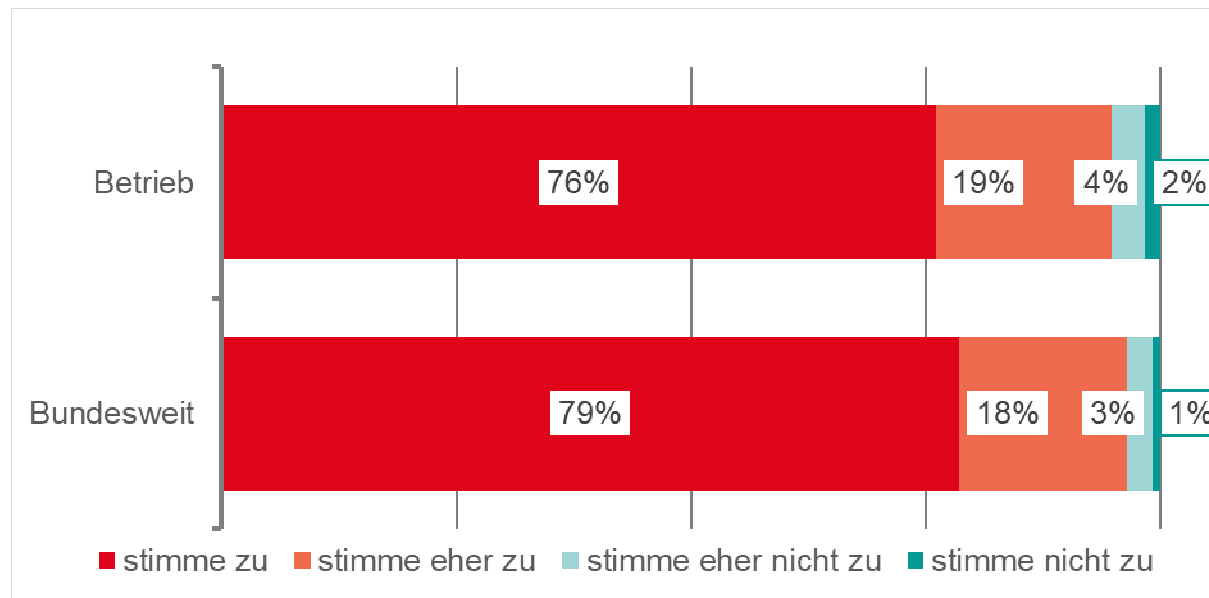
## Bundesweite Ergebnisse:

- 96 Prozent der Beschäftigten wollen weiterhin ein starkes Arbeitszeitgesetz mit einem Recht auf Abschalten (Ruhezeit).
- 84 Prozent sagen: Wer Arbeitszeit reduziert, muss reduzierten Lohn aufgestockt bekommen („Entgeltausgleich“).
- 92 Prozent fordern eine bessere Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit sowie familienfreundliche Arbeitszeitmodelle.
- 90 Prozent wollen ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.



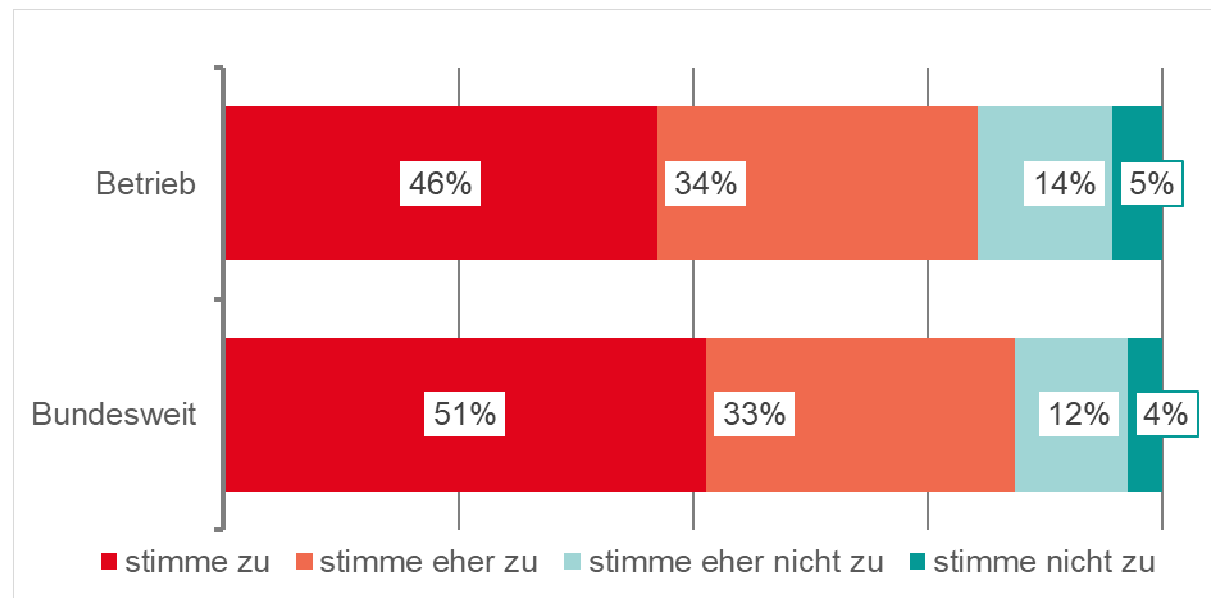
## BESCHÄFTIGTE GEGEN ARBEIT OHNE ENDE

Beschäftigte brauchen auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz, das der Arbeitszeit Grenzen setzt. Dazu gehört auch das Recht auf Abschalten (Ruhezeit).



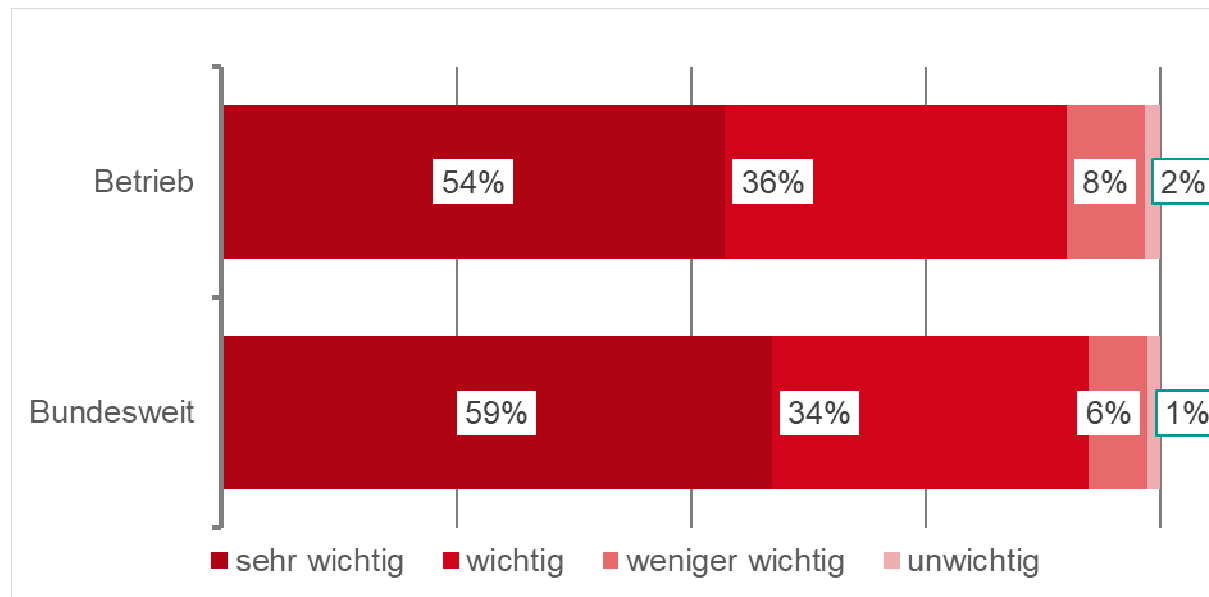
## WER DIE ARBEITSZEIT REDUZIERT, BRAUCHT EINEN ENTGELTAUSGLEICH

Wer für Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder Weiterbildung die Arbeitszeit reduziert, muss einen Entgeltausgleich bekommen. (v114)



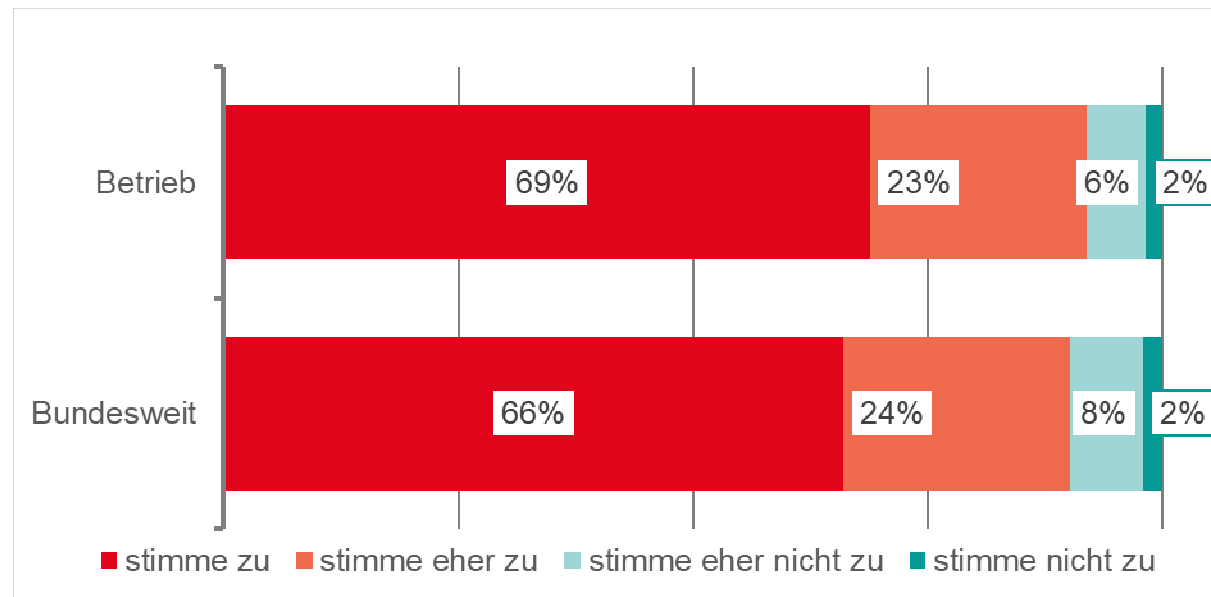
## VEREINBARKEIT IST ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHES ZIEL AKZEPTIERT

Wie wichtig ist für Sie eine bessere Infrastruktur (z.B. verlässliche Ganztagsbetreuung) und Unterstützung von Arbeitszeitmodellen zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeit?



## DIE BESCHÄFTIGTEN WOLLEN NICHT IN DIE TEILZEITFALLE TAPPEN

Wer seine Arbeitszeit auf Teilzeit reduziert, braucht ein gesetzlich garantiertes Rückkehrrecht auf Vollzeit.



# **ENTSCHIEDEN DAFÜR: ARBEITSZEITEN, DIE ZUM LEBEN PASSEN!**

**Jetzt muss die Politik handeln:**

- **Für ein Recht auf Abschalten!**
- **Für ein Rückkehrrecht in Vollzeit!**
- **Für einen Entgeltausgleich bei Auszeiten wegen Kindern, Pflege und Bildung!**





# ERGEBNISSE THEMENFELD GERECHTIGKEIT/TARIFBINDUNG

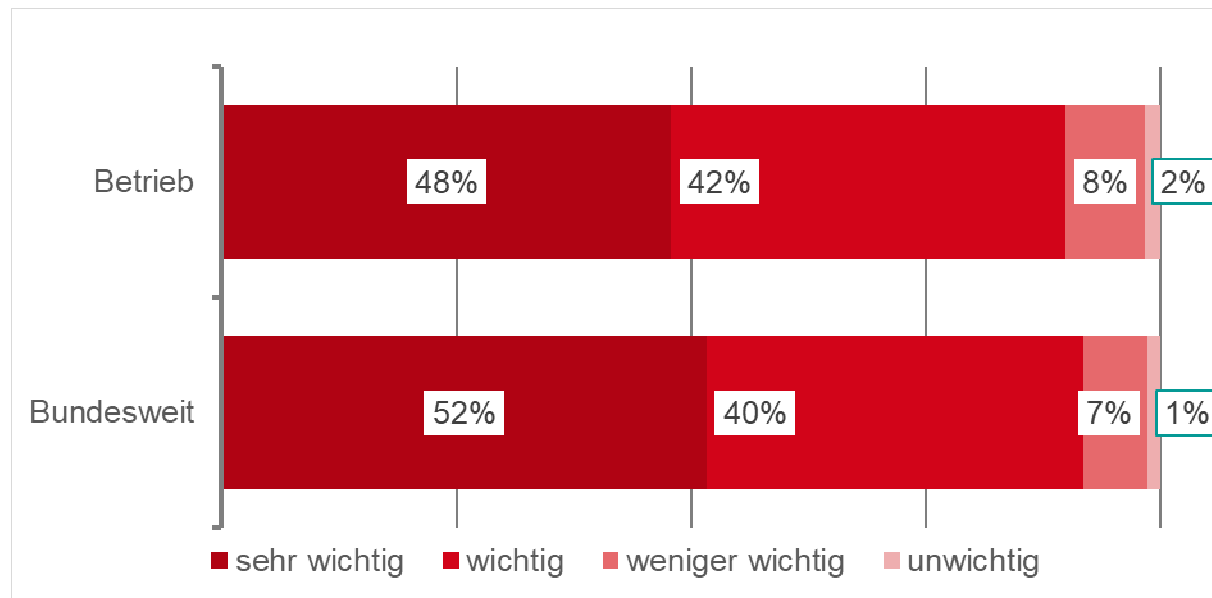
## Bundesweite Ergebnisse:

- 92 Prozent erwarten von der Politik den Schutz von Tarifverträgen.
- 91 Prozent fordern Lohngerechtigkeit und gleiche Chancen für Frauen und Männer.
- 77 Prozent wollen eine Wende in der Steuerpolitik.



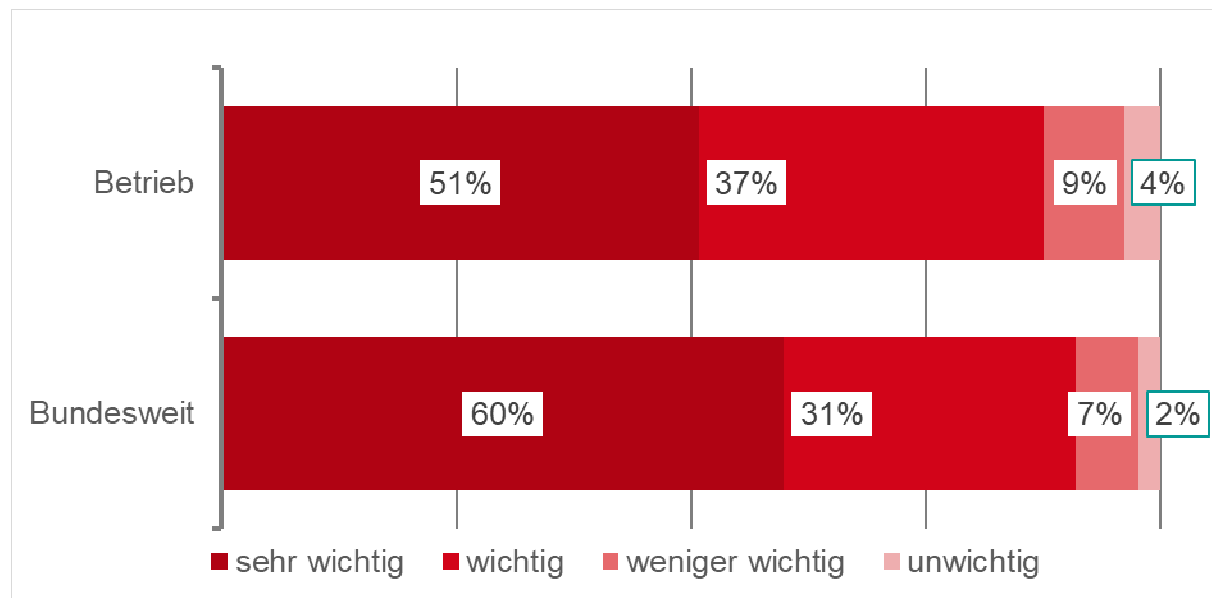
# MEHR TARIFVERTRÄGE, MEHR TARIFBINDUNG, MEHR GERECHTIGKEIT

Wie wichtig ist für Sie, dass der Gesetzgeber dazu beiträgt, dass Beschäftigte Anspruch auf Tarifverträge haben, z.B. indem er Tarifflicht bei Ausgliederungen verhindert?



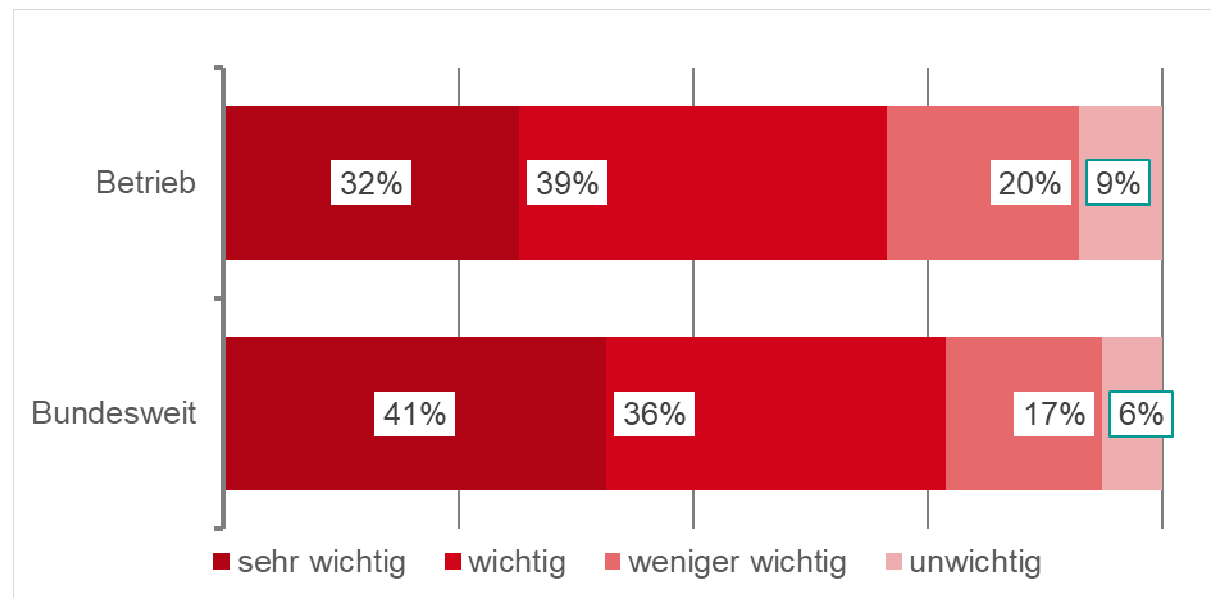
# GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT IST KEINE FRAUENSACHE

Wie wichtig ist für Sie gleicher Zugang zur beruflichen Entwicklung und gleiches Einkommen für Frauen und Männer?



# FÜR EINE WENDE IN DER STEUERPOLITIK

Wie wichtig ist für Sie Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften?



# **ENTSCHIEDEN DAFÜR: GERECHTIGKEIT DURCH MEHR TARIFVERTRÄGE!**

**Jetzt muss die Politik handeln:**

- **Für Schutz und Stärkung von Tarifverträgen!**
- **Für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern!**
- **Für Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerungen!**



# ERGEBNISSE THEMENFELD SOZIALER STAAT, RENTE, KRANKENVERSICHERUNG

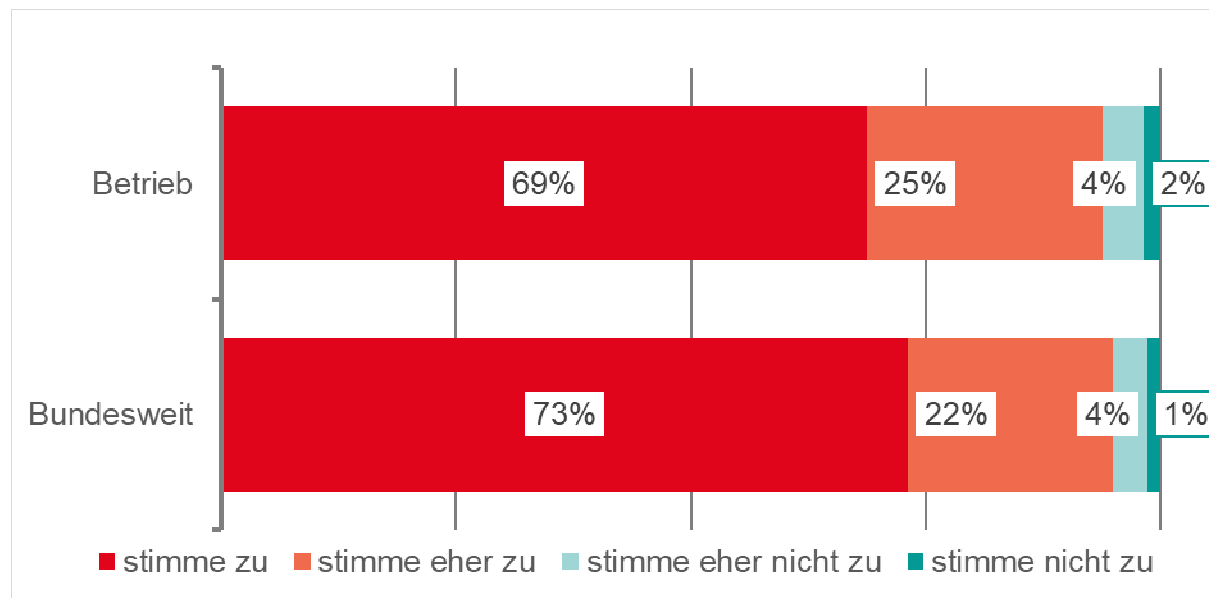
## Bundesweite Ergebnisse:

- 95 Prozent wollen die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.
- 93 Prozent sagen: Beschäftigte sollen eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge haben.
- 85 Prozent der Befragten wollen ein besseres Rentenniveau – auch wenn dadurch die Beiträge steigen sollten.
- 87 Prozent sagen: private Vorsorge kann Renten-Lücke nicht schließen.
- Nicht einmal die Hälfte glaubt, bis 67 arbeiten zu können.



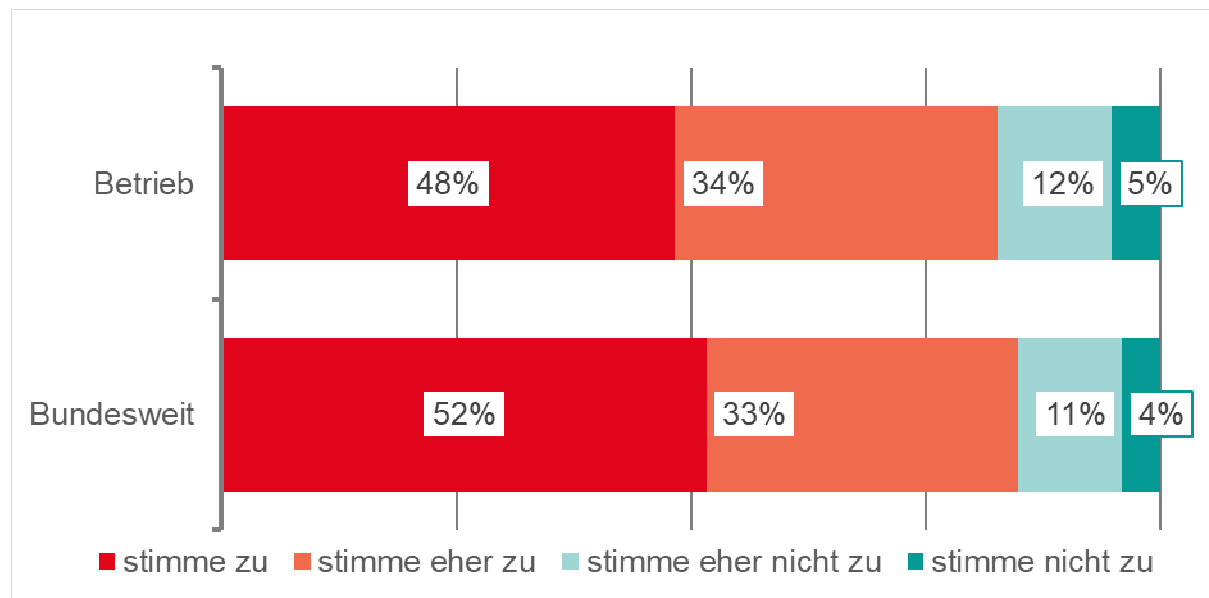
## FÜR PARITÄT – GEGEN ZUSATZBEITRÄGE

Arbeitgeber sollen einen gerechten Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten. Daher müssen die Krankenkassenbeiträge wieder in gleichen Teilen von Arbeitgebern und Beschäftigten (paritätisch) finanziert werden.



## FORDERUNG NACH HÖHEREM RENTENNIVEAU SELBST BEI STEIGENDEN BEITRÄGEN

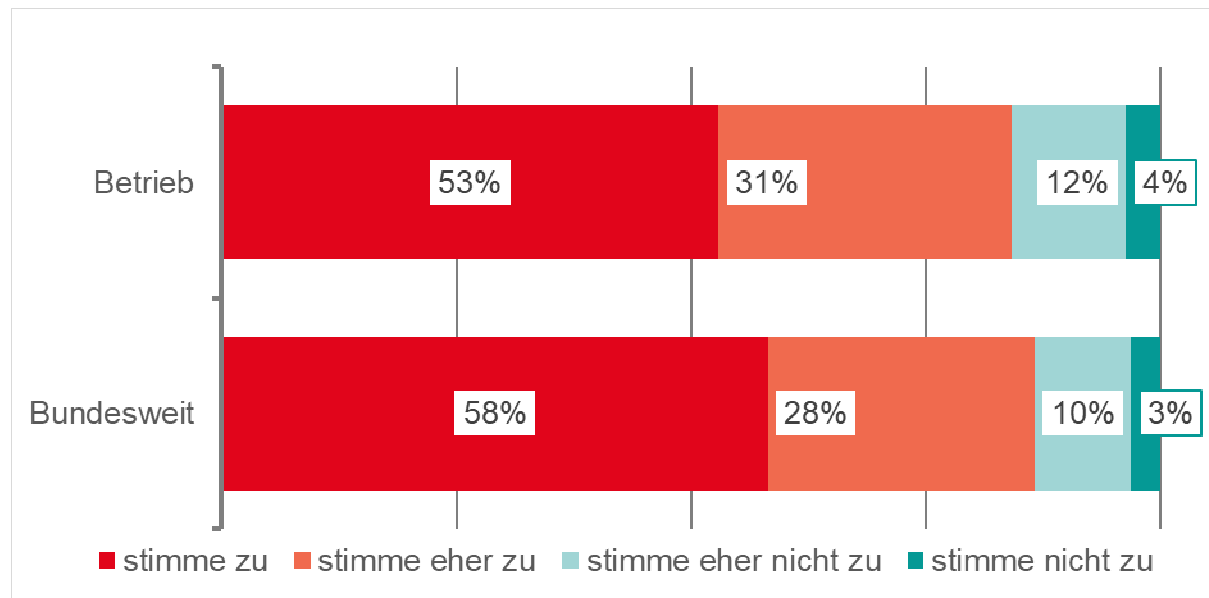
Das Rentenniveau muss stabilisiert und mittelfristig erhöht werden, auch wenn dadurch die Beiträge von Arbeitgebern und Beschäftigten zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen.





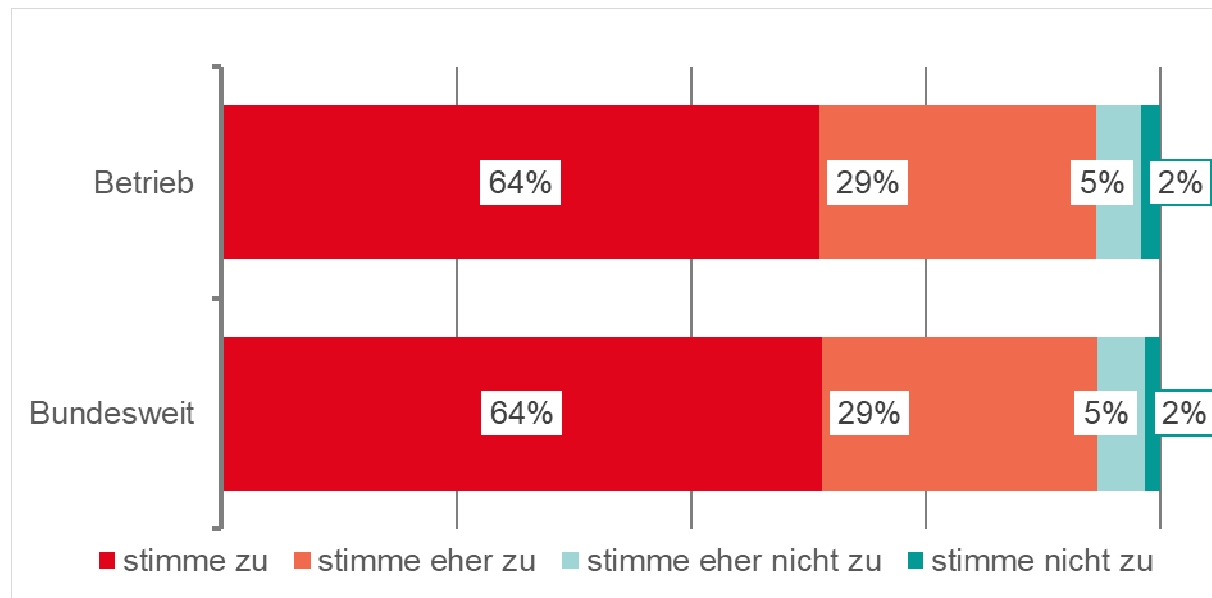
# PRIVATE VORSORGE KANN RENTEN-LÜCKE NICHT SCHLIESSEN

Private Vorsorge kann die Lücke nicht schließen, die durch die Absenkung des Rentenniveaus droht.



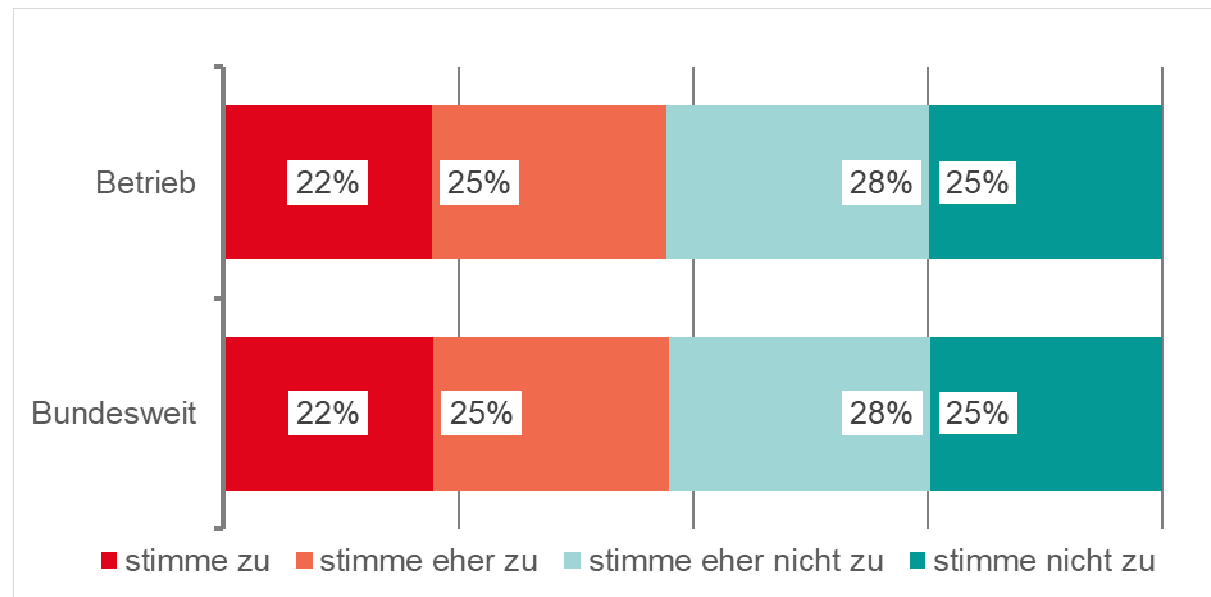
# FAST ALLE FÜR ARBEITGEBERFINANZIERTE BETRIEBSRENTEN

Beschäftigte sollen Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge haben.



## NICHT EINMAL JEDER ZWEITE GLAUBT AN ARBEIT BIS 67

Ich gehe davon aus, meine Arbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter von 67 Jahren ausüben zu können.



# **ENTSCHIEDEN DAFÜR: SOZIALE SICHERHEIT, FAIR FINANZIERT!**

**Jetzt muss die Politik handeln:**

- **Für ein höheres gesetzliches Rentenniveau!**
- **Arbeitgeberfinanzierte Betriebsrenten für alle!**
- **Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer!**



Politik für alle – sicher,  
gerecht und selbstbestimmt



**ENTSCHIEDEN DAFÜR:  
FÜR EINE POLITIK  
FÜR ALLE!**

